Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 1319

Antrag

der Fraktion der SPD

betr. **Bestellung eines Bundesbeauftragten für die Kohlewirtschaft**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Lage im Kohlebergbau verlangt eine verantwortungsbewußte Politik, die nicht nur soziale Schäden heilt, sondern durch wirtschaftspolitische Maßnahmen vorbeugend verhindert. Dazu gehört, daß der Kohlebergbau den veränderten Verhältnissen am Energiemarkt planmäßig angepaßt wird.

Die Bundesregierung wird daher gebeten,

dem Bundestag einen Gesetzentwurf über die Bestellung und die Aufgaben eines Bundesbeauftragten für die Kohlewirtschaft vorzulegen. Dieser Bundesbeauftragte soll bevollmächtigt werden, alle Maßnahmen für den Kohlebergbau zu koordinieren. Insbesondere soll er folgende Aufgaben haben:

1. Unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten einen langfristigen Plan für die notwendigen Anpassungmaßnahmen aufzustellen;

2. dafür Sorge zu tragen, daß

   a) bei der Durchführung des Plans die Lage der betroffenen Bergarbeiter ebenso wie die der betroffenen Gemeinden ausreichend berücksichtigt werden;

   b) eine volkswirtschaftlich sinnvolle Verwendung aller dem Bergbau zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel im Rahmen des Gesamtprogramms sichergestellt wird und

   c) Entlassungen im Zuge der Anpassungsmaßnahmen nur erfolgen, wenn geeignete, gleichwertige Dauerarbeitsplätze zur Verfügung stehen oder beschafft werden und in der Übergangszeit bis zum Eintritt in einen anderen Arbeitsplatz der Lohnstand gesichert ist.

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Telefon 3551

Dem Bundesbeauftragten für die Kohlewirtschaft soll ein Beraterkreis zur Seite stehen, dem unabhängige Sachverständige sowie Vertreter der Industriegewerkschaft Bergbau und des Unternehmensverbandes Bergbau angehören.

Bonn, den 26. Oktober 1959

Ollenhauer und Fraktion